

AKTUELL

KOOPERATIONSGESETZ

Rüge von oben

Richard Graf

Sie war in keiner Weise überzeugt, die Kritik am neuen Kooperationsgesetz. Auch der Staatsrat findet den Text enttäuschend.

„Self fulfilling prophecy“ - als der Grünen-Abgeordnete Felix Braz letzte Woche seine Motion aus dem Monat Mai verteidigte, mit der eine Vertagung der Abstimmung über die von der Regierung eingebrachte Abänderung des Kooperationsgesetzes erreicht werden sollte, hatte er eigentlich die halbe Partie schon gewonnen. Laut Prioritätenliste der Regierung sollte über die Gesetzesnovelle eigentlich noch vor der Sommerpause im Parlament abgestimmt werden. Als Braz' Antrag endlich im Plenum debattiert wurde, stand allerdings bereits fest, dass die Voraussetzungen für eine abschließende Debatte noch im Juli nicht mehr gegeben waren. Den Rest gab dem vorliegenden Entwurf wenig später der Bericht des Staatsrates, der nicht nur herbe Kritik übte, sondern auch noch eine „opposition formelle“ aussprach, wodurch zumindest ein Änderungsvorschlag seitens der Gesetzesautoren erforderlich wird, sofern diese nicht einen offenen mehrmonatigen Konflikt mit der hohen Körperschaft riskieren wollen.

Dass der grüne Motions-Antrag dennoch mehrheitlich verworfen wurde, lag an der in ihm gestellten Forderung, das Gesetz im September im Rahmen der Assises de la Coopération zusammen mit allen Akteuren der Luxemburger Entwicklungspolitik zu diskutieren. Mit dem Argument, die diesjährigen Assises seien bereits voll durchorganisiert wurde der Vorschlag von CSV, LSAP und ADR abgeschmettert.

Da die Entwicklungs-ONG, so Marie-Josée Jacobs (CSV), Ministerin für Kooperation und humanitäre Hilfe, bei den Assises über einen halben Sitzungstag verfügen, den sie selber bestimmen können, stehe es ihnen ja frei, das Gesetz bei dieser Gelegenheit zu diskutieren! Dieser Vorschlag lässt die Sache so aussehen, als seien es lediglich die ONGD, die ein Problem mit dem Gesetzesentwurf haben. Deren heftige Kritik (siehe woxx 1112) hatte in den letzten Monaten zu einigen Verstimmungen zwischen ihrer Dachorganisation, dem „Cercle de Coopération des ONGD“, und dem

Ministerium geführt. Der Cercle hatte sich beklagt, keine Einsicht in das Gesetzesprojekt bekommen zu haben, bevor es auf den Instanzenweg ging. Die Ministerin betonte in ihrer Stellungnahme zu Braz' Antrag, dass in der gemeinsamen Arbeitsgruppe ihres Ministeriums mit den ONGD mehrfach über die Gesetzesnovelle informiert worden sei. Sie verschwieg jedoch, dass der eigentliche Gesetzestext den ONGD nicht ausgehändigt worden war, bevor er deponiert und dadurch allen Veränderungen, außer denen, die die Chamber eventuell vornimmt, entzogen wurde.

Doch auch der Staatsrat bemängelt die geringe Tragweite der Reformen und macht sich große Teile der ONGD-Vorschläge zu eigen. Der Entwurf sei wenig ambitioniert, beschränke sich auf einige geringfügige textuelle Anpassungen und werde dem schon vor Jahresfrist geäußerten Verlangen des Staatsrates, eine tiefgreifende Reform des Gesetzes vorzunehmen, nicht gerecht.

Der Staatsrat vermisst nicht nur ein breitangelegtes System von ausführlichen Definitionen verschiedener im Text verwendeter Grundbegriffe, sondern wundert sich auch über die Nichterwähnung wichtiger Akteure, wie etwa der Gemeinden oder der Entwicklungsagentur Lux-Development, die den überwiegenden Teil der bilateralen Programme der Luxemburger Kooperation durchführt. Auch werden die mit mehreren Ländern abgeschlossenen mehrjährigen indikativen Entwicklungsprogramme (PIC) nicht erwähnt, geschweige denn genauer beschrieben.

Ganz politisch wird der Staatsrat, wenn es um die leidige Frage der Kohärenz der Politik geht: Nicht nur wird kritisiert, dass es mit dieser mit Sicht auf die Entwicklungspolitik immer noch nicht zum Besten steht, sondern, dass die Regierung die Kontrolle über diesen wichtigen Punkt einem interministeriellen Komitee überlassen will. Laut Staatsrat sollte sich die Regierung diese Aufgabe jedoch selber stellen und regelmäßig überprüfen, ob die verschiedenen Politikbereiche, wie Wirtschaft und Finanzen der Nord-Süd-Solidarität, tatsächlich, wie vom Kooperationsministerium propagiert, kooperieren, oder ob sie nicht vielmehr gegeneinander wirken - mit allen negativen Folgen.

SHORT NEWS

Im Lande der zwei Jean-Claudes

Der eine ist einer, dem anderen wird unterstellt sich wie einer zu benehmen: Jean-Claude Hollerich (52) wird am 16. Oktober zum Erzbischof von Luxemburg geweiht und Jean-Claude Juncker (56) ist manchmal in Luxemburg als Premierminister tätig. Dass beide miteinander gut können, davon zeugt nicht nur die ähnliche Kindheit (geboren oder aufgewachsen im Minett, „geformt“ bei den Patres von Clairefontaine), sondern auch die Ehrendoktorwürde, die dem weltlichen Jean-Claude von der katholischen Universität Sophia (Tokyo) verliehen wurde - nicht ohne Zutun des anderen, der dort als Vizerektor tätig war. Auch wenn die Beziehungen des Vatikans zum Jesuitenorden nicht immer konfliktfrei waren, so hat der Papst sich dennoch für den Mann aus der Diaspora entschieden und somit das Problem umschifft, einen der in Luxemburg ansässigen Konkurrenten bevorzugen zu müssen. Hellinghausen, Bache, Flammang, Gillen, Hamus ... sie spielen allenfalls noch um den zweiten Platz des Generalvikars. Die Entscheidungsfindung innerhalb der katholischen Kirche ist zwar diskret, aber auch wenig transparent. Immerhin, der Neue ist vergleichsweise jung und gilt als weltoffen. Anders als sein Vorgänger dürfte er auch von Nichtkatholiken ernst genommen werden. Das ist wohl auch besser, denn Jesuiten werden gerne da eingesetzt, wo es gilt Terrain (zurück) zu erobern.

Répression, piège à cons

Même si de plus en plus de spécialistes en la question sont d'avis que la guerre contre la drogue ne sert à rien et qu'il faut des alternatives au tout répressif, l'Union Européenne n'a pas modifié son attitude d'un iota. Pourtant, les derniers développements en matière de stupéfiants sont plutôt inquiétants. Ainsi, un rapport publié cette semaine révèle que le nombre de nouvelles substances psychoactives identifiées sur le marché européen est de 41 pour l'année 2010, quasiment le double de l'année précédente. Qui plus est, ces substances de substitution n'imitent plus uniquement les effets du cannabis, comme avec le fameux « Spice », vendu légalement au Luxembourg il y a encore quelques années (voir woxx 991), mais également ceux de l'ecstasy et de la cocaïne. Ces nouvelles drogues s'ajoutent à une consommation de drogues « traditionnelles » qui n'a pas trop bougé ces dernières années. D'ailleurs, avec sept pour cent des jeunes entre 15 et 24 ans qui admettent avoir pris de ces produits, le Luxembourg se situe en tête du peloton. L'apparition de ces « designer drugs » est une nouvelle preuve de la contre-productivité de la stratégie européenne qui vise surtout à réprimer le trafic, la détention et la consommation de stupéfiants. Car elle prouve deux choses à la fois : l'ingénosité des trafiquants et des fabricants et l'existence d'un large marché régi par l'offre et la demande. En unique réponse, L'UE entend renforcer son mécanisme pour détecter et interdire ces nouvelles substances, une mesure qui va engloutir encore des millions d'euros qui seraient mieux placés dans des vrais programmes de réhabilitation, par exemple.

Die LSAP und das Ende der Wirtschaftskrise

Die Finanzkrise ist vorbei, die Rettung der Banken ist gelungen, ohne dass der Staat sich hoffnungslos verschuldet hat - so die enthusiastische Botschaft der LSAP-Fraktion, die sich selbst diese Woche eine gute Zensur der letzten Legislaturperiode ausstellte: „Unsere Art an die Finanzfragen heranzugehen war richtig. Wir waren gegen einseitiges Steuerheraufsetzen und gegen einseitige Einschnitte in die Staatsausgaben“, so Alex Bodry, Budgetberichterstatter. Zwar gäbe es noch immer Defizite im Staatshaushalt - sie hätten jedoch nicht das befürchtete Ausmaß angenommen. „So haben wir heute gar zwei Jahre Vorsprung auf den Konsolidierungsplan der öffentlichen Finanzen, welche die Regierung vor einem Jahr diskutierte“, so Bodry. Auch glaube er nicht, dass die Regierung jemals den vollen Schuldenbetrag von 500 Millionen Euro für den Fond de route aufnehmen werde. Gegenüber diesem positivem Trend würden déi Gréng und die DP an ihrer Sparpolitik festhalten. „Wir glauben nicht, dass es weitere Einsparungen braucht“, so Bodry. Ebenso optimistisch ist Bodry was die EU-Verschuldungskrise angeht: Sie habe nur einen limitierten Impact auf das nationale Budget. Ob sich die LSAP in ihrem Optimismus hier nicht irrt, wird sich zeigen.